

FDP-Fraktion im Jenaer Stadtrat

Postfach 100 222
07702 Jena

E-Mail: stadtratsfraktion@fdp-jena-shk.de

www.fdp-jena-shk.de

Änderungsantrag

22/1358-BV-Sichere Orte in Jena

Jena, den 22.03.2022

Der Stadtrat beschließt:

- 001 Der Oberbürgermeister wird beauftragt unter Einbindung der Stadtverwaltung **und der Bevölkerung (bspw. auch Initiativen und Vereine) über die Sicherheit von Frauen in der Stadt Jena zu berichten.**
~~einschlägiger Initiativen wie z.B. CatCalling Jena, Frauenvereine, Jugendeinrichtungen, Migrantenselbstorganisationen eine Übersicht sogenannter unsafe areas (unsichere Bereiche) in der Stadt Jena vorzulegen.~~
- 002 Weiter wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen zu einer erhöhten Sicherheitswahrnehmung **in der Stadt Jena** ~~dieser unsafe areas (unsichere Bereiche)~~ beitragen könnten und welche Zeitschiene hierbei für die Umsetzung dieser Maßnahmen anzulegen ist.
- 003 Zum Zwecke einer erhöhten Sensibilisierung ~~einschlägiger Dienstleistungen, Angebote und Einrichtungen~~ wird der Oberbürgermeister beauftragt darzulegen, welche Maßnahmen im Sinne einer Awareness Förderung (Bewusstsein bzw. Sensibilisierung für Opfer sexualisierter Gewalt, Sexismus) für ~~relevante Fachdienste der~~ die Stadtverwaltung und ihrer Eigenbetriebe **sowie für die Bevölkerung** ~~Akteure der Jenaer Kultur, Jugendhilfe und Sozillandschaft installiert werden könnten bzw.~~ schon existieren (z. B. Schulungsprogramme für den Umgang mit von [sexualisierter] Gewalt betroffenen Frauen).
- 004 **Nach einem angemessenen Zeitraum (2-3 Jahre) sind die Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren.**

Begründung:

Nicht nur unmittelbare körperliche Gewalt kann das das Sicherheitsgefühl der in der Bevölkerung zum negativen beeinflussen. Insbesondere nicht männliche Personen können sich durch sexistische Aussagen in der Öffentlichkeit, abwertende Kommentare, gerne auch getarnt als „Komplimente“, aufdringliche Gespräche, Hinterherpfeifen oder vulgäre Gesten (sog. Catcalling) unsicher fühlen bis zu dem Punkt, dass bestimmte Orte in den Abendstunden gemieden werden oder gar nicht mehr besucht werden.

Eine Stadt, die Weltoffenheit und Pluralität lebt, muss sich, falls es eine negative Tendenz in diesem Bereich gibt, dieser entgegenstellen und Wege zur Abhilfe finden.

Da dieses Verhalten nahezu überall geschehen kann, wo sich Menschen aufhalten (auf Plätzen, im ÖPNV, in Sportstätten, etc.) und die Personen, die ein solches Verhalten an den Tag legen nicht unbedingt ortsgebunden sind, ist es sinnvoll, sich die gesamte Stadt anzusehen, um einen etwaigen Trend zu erkennen.

Hierzu sind auch Sicherheitsbehörden wie Ordnungsamt und Polizei einzubinden, genau wie Sozialarbeiter und Beratungsstellen (bspw. Frauenhaus, Opferberatungsstelle, Vereine, etc.).

Die Sensibilisierung der Bevölkerung und Aufklärung über sinnvolles zivilcouragiertes Verhalten kann helfen, solche Situationen zu vermeiden.